Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 21. Juli 1887. Nr. 333.

Deutschland.

Berlin, 20. Juli. Daß der Kaiser gestern Abend wohlbehalten in Wildbad Gastein eingetroffen ist, wurde bereits gemeldet. Der ganze Ort hatte reichen Fahnen- und Blumenschmuck angelegt, am Ein- und Ausgange bauten sich 2 Triumph-Pforten auf. Mit Rücksicht auf die Ruhe, die Kaiser Wilhelm beansprucht, trugen die Empfangsehren einen stillen Charakter; keine korporative Vorstellung, keine ermüdende Ansprache, nur die Blumen und flatternden Wimpel sollten der Freude der Bewohner des Tauern-Hochthales über die glückliche Wiederkehr des kaiserlichen Kurgastes Ausdruck geben. Heute früh um 8 Uhr nahm der Kaiser das erste Bad und unternahm dann um 10 Uhr in Begleitung des Flügel-Adjutanten Grafen Lehndorff eine Spazierfahrt nach Böckstein. Bei der Abreise von Innsbruck hatte Kaiser Wilhelm den Statthalter Baron Wittman beauftragt, dem Minister-Präsidenten Grafen von Taaffe zum Zeichen seiner freundlichen Erinnerung die herzlichsten Grüße zu überbringen.

— Der vormalige Herzog Adolf von Nassau wird am 24. d. Mts. auf Schloß Hohenburg in Baiern seinen 70. Geburtstag feiern.

— Der indische Fürst Sir Salar Young, der gegenwärtig in Berlin weilt, ist circa 24 Jahre alt und wird sich in Kurzem mit einer vornehmen Türkin vermählen. Vorgestern Nachmittag, nach seiner Ankunft, besuchte der Prinz mit seinen Begleitern das Panorama in der Herwarthstraße, sowie die Ruhmeshalle und später den zoologischen Garten. Gestern Vormittag 10 Uhr begab derselbe sich mit seinen Offizieren von hier nach Potsdam, und besuchte daselbst zunächst das Neue Palais, in welchem namentlich der Muschelsaal seine Bewunderung erregte. Später wurden noch die verschiedenen andern Sehenswürdigkeiten in und bei Potsdam besichtigt und hierauf im Restaurant Glienicke gespeist. Mit dem Zuge um 4 Uhr 7 Min. erfolgte die Rückkehr von Potsdam nach Berlin. Im Laufe des heutigen Tages besuchte der Prinz das königliche Schloß, die National-Gallerie und die königlichen Museen und gedachte dann auch noch das Sedan-Panorama in Augenschein zu nehmen. So weit bis jetzt bekannt, wird er morgen Abend Berlin wieder verlassen, um nach London weiter zu reisen.

— Von allen den Voraussetzungen, an welche der Prinz Ferdinand von Koburg seinen Regierungs-Antritt in Bulgarien geknüpft hat, wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach nicht eine einzige erfüllen. Der Prinz wird die Bestätigung seiner Wahl seitens der Mächte unter keinen Umständen erlangen, die von ihm genährte Hoffnung, er werde vom Kaiser Wilhelm einen Empfehlungsbrief an den Zaren erlangen, wird sich nicht erfüllen, da Kaiser Wilhelm keine Bürgschaft für die Haltung des Prinzen, sowie für die möglichen Parteigestaltungen in Bulgarien übernehmen will und übernehmen kann. Deutschland wird seine bisherige zurückhaltende Haltung in der bulgarischen Frage nicht aufgeben, da man in Berlin noch immer die Möglichkeit nicht ausgeschlossen hält, durch eine Politik der Konnivenz gegenüber Rußland die russisch-französischen Allianz-Bestrebungen zu durchkreuzen. Von deutscher Seite wird also eben so wenig als von österreichischer Seite dem Koburger der Rath ertheilt werden, unbekümmert um die russischen Velleitäten die Thronbesteigung in Bulgarien zu wagen. Man mag dies unter mehr als einem Gesichtspunkte beklagen und sich der in deutsch-nationalen wie in österreichisch-ungarischen Kreisen vorherrschenden Meinung anschließen, daß unter den heutigen europäischen Verhältnissen die beiden verbündeten Zentralmächte die Aufgabe ihrer Orientpolitik ausschließlich in der Kräftigung der Balkan-Nationen gegenüber Rußland zu suchen hätten, zumal die Kräfte der beiden Reiche in vollstem Maße ausreichen, um eine solche Politik zur Geltung zu bringen. Indessen stehen der Durchführung der letzteren zur Zeit mächtige Hindernisse entgegen. Hat doch selbst Kalnoky dem Prinzen Ferdinand von Koburg den Rath gegeben, Alles zu thun, was ihm das Wohlwollen Rußlands einbringen könnte. Rußland aber begnügt sich nicht mit den russenfreundlichen Kundgebungen des Koburgers, es sucht die bulgarische Frage auf einem ganz anderen Wege als dem der Verständigung mit dem Koburger zur Lösung zu bringen. Wie entgegenkommend die Versicherungen des Prinzen Ferdinand lauten mögen, der Zar wird dieselben — hierüber herrscht auf allen russischen Botschaften in Europa nur eine Meinung — nicht zur Grundlage einer neuen, der bisherigen Haltung in der bulgarischen Frage entgegengesetzten Politik machen. Rußland wird die Bestätigung der von der Sobranje vorgenommenen letzten bulgarischen Fürstenwahl in aller Form verweigern, und da auch der Sultan in Folge dessen die Wahl nicht bestätigen wird, so wird der Koburger keine Gelegenheit erhalten, seine russenfreundlichen Gesinnungen durch die That zu bekunden.

— Dem „Rh. Kourier", dem wir die volle Verantwortung überlassen, schreibt man aus Mainz vom 19. Juli: In unserer Stadt herrscht heute keine geringe Aufregung über die plötzlich hier verbreitete Nachricht, daß unter verschiedenen Soldaten der hiesigen Garnison, natürlich Elsaß-Lothringer, Anhänger der Patriotenliga entdeckt worden seien. Nach eingezogenen Erkundigungen fand sich die Nachricht leider bestätigt. Die kompromittirten Soldaten gehören zwei hiesigen Regimentern an und es wurden bei denselben eine ganze Anzahl Briefe mit Beschlag belegt, welche theils aus Frankreich angekommen, theils für unsere westlichen Nachbarn bestimmt waren. In wie weit diese Schriftstücke verdächtig sind, konnten wir bis jetzt nicht in Erfahrung bringen, da ein strenges Geheimniß über die ganze Angelegenheit bewahrt wird; so viel wissen wir aber, daß sechs lothringische Soldaten als Untersuchungsgefangene in das Militärgefängniß abgeführt worden sind. In allen Kasernen fanden sogen. Spindrevisionen statt; bei altdeutschen Soldaten wurde nichts Verdächtiges gefunden.

— Hinsichtlich der Wählbarkeit zum Stadtverordneten hat das Oberverwaltungsgericht vor drei Wochen entschieden, daß ein Rendant einer städtischen Sparkasse, welcher von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt und von dem Magistrat bestätigt wird, und an einer zwar selbstständig, aber doch unter Aufsicht der Stadt verwalteten Anstalt beamtet ist, unzweifelhaft zur Klasse der städtischen Gemeindebeamten gehört. Da er ein festes Gehalt aus städtisches Mitteln bezieht, ist er ferner ein besoldeter Gemeindebeamter und darf als solcher gemäß § 17 Nr. 2 der Städteordnung zum Stadtverordneten nicht gewählt werden. In Berlin sind jedoch Realgymnasial-Lehrer, die danach doch gewiß besoldete Gemeindebeamte sind, weil sie an städtischen höheren Schulen unterrichten, unbeanstandet Stadtverordnete.

— Der Bischof von Paderborn hat durch allgemeinen Erlaß an die Geistlichkeit des Bisthums angeordnet, daß ihm von jeder Bewerbung um eine Stelle königlichen Patronats vierzehn Tage vor Einreichung des Gesuchs an die Staatsbehörde Mittheilung gemacht werde. Der Erlaß soll durch einen kürzlich vorgekommenen Fall veranlaßt worden sein, in welchem sich um eine derartige Stelle nicht weniger als 70 Geistliche bewarben.

Die „Köln. Ztg." bemerkt dazu:

„Es ist nicht einzusehen, wie diese Thatsache die bischöfliche Verfügung rechtfertigen kann, da es nach kanonischem Recht jedem Geistlichen unverschränkt ist, sich um eine Patronatsstelle zu bewerben. Bis zur Kulturkampfszeit wurden diese Stellen regelmäßig öffentlich ausgeschrieben. Es scheint, daß der Bischof sich die Befugniß beilegen will, zu entscheiden, welcher Geistliche sich auf eine Patronatsstelle melden dürfe und welcher nicht. Das wäre aber eine böswillige Wegnahme des Rechtes des Patronatsherrn, die letzterer wohl nicht ohne Weiteres sich wird bieten lassen."

— Nach einer Meldung des „W. T. B." soll die Konferenz der preußischen Bischöfe am 10. August nicht in Köln, wie die „Kölnische Volkszeitung" gesagt hatte, sondern in Fulda stattfinden.

— Durch den gestern in Pagny verübten Mordanfall kommt der Fall Schnäbele noch einmal in unliebsame Erinnerung. Der Polizeikommissar, auf welchen geschossen wurde, ist der Nachfolger Schnäbele's, dessen Verhaftung an der deutsch-französischen Grenze im April d. J. so großes Aufsehen erregte. Ob sich der Thäter absichtlich gerade diesen Beamten als Opfer ausersehen hat, läßt sich mit Sicherheit noch nicht beurtheilen. Ein Telegramm aus Paris berichtet über den Vorfall Folgendes:

„Peter Zangerle, ein ehemals in Paris ansässiger Bäcker aus Ferschweiler bei Trier, feuerte gestern in Pagny an der Mosel auf den Polizeikommissar Ritter, Schnäbeles Nachfolger, drei Revolverschüsse ab und brachte ihm zwei leichte, keineswegs lebensgefährliche Wunden bei. Zangerle kannte Ritter nicht. Er war aus Frankreich ausgewiesen worden und hatte sich an einem französischen Beamten rächen wollen. Vergangene Woche war er hier und wollte vom Minister des Innern empfangen werden, was ihm jedoch nicht gelang; er beabsichtigte, den Minister zu erschießen."

— Ueber die Aufhebung des sozialistischen Zentral-Komitees für Berlin wird verschiedenen Blättern noch geschrieben, daß die Schauplätze der geheimen Zusammenkünfte Rauchklubs, Gesangvereine oder oft in frühester Morgenstunde unternommene Landpartien gewesen seien. In den Vororten Lichtenberg-Friedrichsberg bildeten die Obmänner einen Spielklub unter dem harmlosen Namen Careau Aß. — Unter den Berliner Sozialdemokraten scheint es übrigens nicht allzu friedlich auszusehen. Der „Reichsbote" wußte neulich schon zu melden, daß demnächst in Berlin ein neues sozialdemokratisches Organ herausgegeben werden wird. Heute kann das konservative Blatt seine Mittheilungen bereits dahin erweitern, daß die zu begründende Zeitung, die nur einmal wöchentlich erscheinen soll, den Namen „Volkstribüne" führen und von den bisherigen Redakteuren des „Berl. Volksbl.", Schippel und Tutzauer geleitet werden wird. Mit welchen Vorgängen diese Neugründung und besonders das Ausscheiden der genannten Herren aus dem bisherigen Berliner Parteiorgan zusammenhängt, ist bisher nicht bekannt geworden.

— Der wegen Landesverraths verurtheilt gewesene Kapitän Sarauw ist, nach der „K. Z.", unmittelbar, nachdem die kaiserliche Begnadigungsordre eingetroffen war, von Berlin nach Kopenhagen abgereist, um seine von der Strafhaft schwer angegriffene Gesundheit wiederherzustellen. Die Abreise des Sarauw erfolgte so schnell, daß ihm nicht einmal der Ausweisungsbefehl aus dem Reichsgebiete behändigt werden konnte.

— In dem Befinden Katkow's wird eine Besserung gemeldet. Professor Sacharin hatte ihm ein Regim von Milch und Emser Wasser vorgeschrieben, das aber zu einem raschen Verfall der Kräfte und zu einem Schlaganfall führte, der Zunge und rechte Hand lähmte. Diese Lähmung hat nachgelassen und auch der Appetit hat sich gehoben. Bei der Konsultation am 15. war Dr. Sacharin nicht gegenwärtig. Dieselbe wurde von dem aus Petersburg berufenen Dr. Wartensohn und den Moskauer Professoren Elzinski und Nowewski abgehalten. Indessen ist die Pariser radikale und intransigente Presse der Krankheit Katkow's bereits auf die Spur gekommen, Katkow ist vergiftet, aus politischen Gründen vergiftet, natürlich von den Deutschen, gerade wie Skobelew. So kann man es in „France" und „Intransigeant" mehr oder weniger klar lesen. Es ist doch eine Freude, so liebenswürdige Leute zu Nachbarn zu haben.

— Auf einem Fest der dänischen Konservativen bei Aarhus hat der dänische Kriegsminister Bahnson eine längere Rede gehalten, in der er auf die von der Linken erhobene Beschuldigung, die Regierung und die Konservativen wollten Schleswig zurückerobern, zu sprechen kam. Herr Bahnson erklärte: Man arbeite nur darauf hin, ein selbstständiger Staat zu werden, welcher Herr im eigenen Hause sei. „Die Insinuation, daß wir bestrebt sind, ganz Schleswig zurückzuerobern, wir die kleine unbedeutende Macht, ist unrichtig, dagegen aber ist es uns gestattet, mit unseren Brüdern südlich der Königsau darüber zu trauern, daß sie Deutsche sind. . . ." Der Minister schloß seine Rede mit einem Hoch auf ein „in sich einiges, selbstständiges Dänemark, das sich gegen jeden Angriff vertheidigen könne, möge er von Süden, Osten oder Westen kommen".

— Die polnischen Blätter bringen übereinstimmend die Nachricht, daß das Gut Goreczki im Kröbener Kreise von 319 Hektar Areal von dem bisherigen Besitzer von Nasierowski, dem Sohne eines der besonders gefeierten Revolutionshelden der polnischen Armee von 1830, an die Ansiedelungskommission verkauft worden ist. Die letztere hat auch das dem Oberfinanzrath von Korytowski gehörige Gut Grochowisko bei Rogowo angekauft.

— Der „Figaro" hat eine kostbare Entdeckung gemacht. Er druckt einen Artikel der „Weser-Zeitung" über das französische Ministerium ab und bemerkt dazu:

„Was diesem Urtheil eine gewisse Bedeutung giebt, ist der Umstand, daß die „Wes.-Ztg." das Leibblatt des Fürsten Bismarck ist. Der Leiter des Blattes ist der Bruder des Direktors der Papierfabrik, die der Reichskanzler auf seiner Besitzung eingerichtet hat. Hier, in diese Zeitung lancirt Fürst Bismarck die Ideen, die er in der öffentlichen Meinung verbreiten will; folglich hat dieses Blatt unter internationalem Gesichtspunkte vielleicht mehr Bedeutung als die „Nordd. Allg. Ztg." selbst."

Müssen sich die Herren in Bremen geschmeichelt fühlen!

Essen, 19. Juli. Der gegenwärtige Besitzer der Krupp'schen Gußstahlfabrik Herr Friedrich Alfred Krupp hat folgende Erklärung erlassen: „An die Beamten und Arbeiter meiner Gußstahlfabrik: Zurückgekehrt vom Grabe meines unvergeßlichen Vaters danke ich tiefbewegt Allen für die dem Entschlafenen bei seiner Ueberführung zur letzten Ruhestätte in so herzlicher, liebevoller Art erwiesenen Ehren und für die seinen Hinterbliebenen und insbesondere mir gewidmete Theilnahme. Diese Theilnahme war mir ein Zeichen treuester Anhänglichkeit an meinen verstorbenen Vater und in meinem Schmerz ein großer Trost. Sie giebt mir die Zuversicht, daß Jeder innerhalb seines Wirkungskreises, in treuem Gedenken des Verstorbenen, mich in der Erfüllung der auf mich überkommenen Pflichten unterstützen und somit dazu beitragen wird, den Ruf, den sich die Gußstahlfabrik durch die Arbeit und unter der Leitung meines Vaters errungen hat, zu erhalten. Ich an meinem Theile werde es als heilige Pflicht betrachten, im Sinne und Geiste meines entschlafenen Vaters zu wirken und die Fürsorge für das Wohl der Beamten und Arbeiter meiner Fabrik soll damit auch meine erste Aufgabe sein, wie es die des Entschlafenen gewesen ist. Essen, 18. Juli 1887. Friedrich Alfred Krupp."

Ausland.

Wien, 19. Juli. Nach authentischen Mittheilungen des „N. W. Tgbl." wird der Prinz von Koburg den bulgarischen Thron wahrscheinlich gar nicht einnehmen. Der Prinz setzt dem Drängen der Deputation, ihr sofort nach Tirnowa zu folgen, Widerstand entgegen. Tontschew erbat und erhielt aus Tirnowa Instruktionen von der Regentschaft, worauf er dem Prinzen folgenden Vorschlag machte: der Prinz solle unverzüglich nach Tirnowa gehen, vor der Sobranje den Eid auf die Unantastbarkeit der Konstitution zu leisten, dann die Sobranje auflösen, das derzeitige Kabinet entlassen, ein neues berufen und danach erst die Rundreise zu den europäischen Mächten antreten. Damit wäre den Forderungen Rußlands entgegengekommen. Ferner erklärten sich die Bulgaren bereit, ein russenfreundliches Ministerium anzunehmen, welches die Beziehungen zu Rußland bessern und Konzessionen vorschlagen sollte. Der Prinz weigerte sich, diese Vorschläge anzunehmen, und bat von einem Tage zum andern um Bedenkzeit, wobei er sich auf die haltlosen inneren Zustände in Bulgarien, insbesondere auf die Stimmung der Armee berief. Der Prinz erfuhr nämlich, daß Oberst Nikolajew ein Pronunciamento zu Gunsten des Battenbergers vorbereitete und daß sein Plan nur in Folge des Verrathes seines Adjutanten scheiterte. Deshalb berief der Prinz am Sonntag die Majore Winarow und Markow nach Ebenthal, um die Stimmung der Armee zu erforschen. Beide erklärten, die Armee unterwerfe sich der Disziplin, wenngleich sie treu am Battenberger hänge, worauf der Prinz deprimirt meinte, aber im Herzen bliebe die Armee battenbergisch. Tontschew und Stransky setzten ihre Bemühungen fort, den Prinzen zur Reise nach Bulgarien zu bewegen, und die Deputation verlängerte deshalb ihren

hiesigen Aufenthalt, aber der Koburger will neuestens vierzehn Tage Bedenkzeit, weil er momentan keine definitive Antwort geben könne. Tontschew meinte heute: Ich habe zu hoffen aufgehört. Die Deputation war über den Wankelmuth des Prinzen tief verstimmt, so daß seine Situation schon heute unmöglich geworden ist

Paris, 18. Juli. Die radikalen Blätter veröffentlichen unter dem Titel „Der Bund von 1889" einen Aufruf an alle Republikaner Frankreichs behufs würdiger Feier des hundertjährigen Festes der Revolution. „Der hunderjährige Jahrestag", heißt es da, „soll das Zeichen der Rückkehr zu den Ueberlieferungen der Revolution sein. Die französische Revolution, ein von den Philosophen des 18. Jahrhunderts vorbereitetes Erwachen des Volkes; die französische Revolution, der Vormarsch aller Parias, aller Enterbten, aller Elenden zur Gerechtigkeit, zum Licht und zur Wahrheit; die französische Revolution, ihr wisset es, das von allen gemachte und von allen gebilligte Gesetz, welches das Gutdünken des Königs ersetzt; sie setzt das Gewissen an die Stelle des Priesters, die freie Arbeit an die Stelle der geschlossenen Innungen. Der Protestant, der Jude wird in ihr Bürger; der Sklave und Leibeigene Mensch; sie bedeutet die Befreiung der Geister, den Bruch aller Ketten, den Zusammensturz aller Zwingburgen, die Erlösung des Menschengeschlechts." Nachdem der Mensch so staunend erfahren, was diese Revolution alles ist, folgt ein Loblied auf die gute alte Zeit und eine Jeremiade auf die Gegenwart: „Die gegenwärtige Lage legt uns ernste und gebieterische Pflichten auf. Und sind sie denn nicht ungetreu der Revolution, jene Republikaner, welche eine Politik der Vertagung und Schlaffheit anpreisen, die aus Furcht, wie sie sagen, vor Uebereilung sich zu unfruchtbarer Starrheit verdammen; die unter dem Vorwande, den Mächten der Vergangenheit Rechnung zu tragen, bis zur Aussöhnung mit ihnen gehen; jene Republikaner, welche das Konkordat mit dem Papste zulassen und mit den Royalisten Verträge eingehen? Gegen diese unheilvolle Lehre müssen wir uns am Vorabend des hundertjährigen Jahrestages erheben; diese Lehre müssen wir bekämpfen, wir, die wir die seit so langer Zeit von der Republik dem Volke versprochenen Reformen jetzt verlangen: Trennung der Kirche vom Staat, Gemeindefreiheit, Unterricht für das Kind, Schutz für die Frau, Beistand für den Greis, Kredit für den Arbeiter, unentgeltliche Rechtspflege, progressive Steuern, endlich die Gleichheit aller vor dem Militärgesetz, denn wir wollen wieder aufrichten, was unsere Väter von 1792 die große Patriotenpartei nannten, bereit zu allem, um den Boden Frankreichs und den Geist der Revolution zu vertheidigen." Zum Schluß kommt dann die sehr prosaische Aufforderung, in Wort und Schrift, in Versammlungen und am Stimmkasten für die radikale Politik einzutreten und zu dem Zweck allerorten Ausschüsse zu bilden.

London, 18. Juli. Von Wien liegen zwei politisch wichtige Unterredungen vor: die eine mit dem König von Serbien, die andere mit dem Prinzen von Koburg. Es ergiebt sich der seltsame Gegensatz, daß der eine, der schon als Herrscher auf einem Königsthrone sitzt, sich bereit erklärt, nach Tirnowa abzugehen, wenn ihn die Sobranje erwählt hätte; „als slawischer Herrscher hätte er nicht den Ruf slawischer Brüder ablehnen können." Der andere dagegen, der Prinz Ferdinand, der soeben erwählt worden und früher in einem Gespräch mit dem Vertreter der „Daily News" in Wien für eine frische und fröhliche selbstständige Politik Bulgariens eintrat, tritt den Rückzug an, leugnet jene Aeußerung ab, behauptet, niemals von selbst nach der bulgarischen Krone gestrebt zu haben, sondern nur ein Angebot angenommen zu haben, und lehnt jedes abenteuerische Prätendententhum ohne Genehmigung der Mächte und besonders Rußlands ab; kurzum, er führt eine Sprache, wie sie die auf alles vorbereiteten bulgarischen Abgeordneten nicht erwartet hätten. „Ich werde jetzt mein bestes thun, die Großmächte für mich zu gewinnen; vielleicht werde ich nach Petersburg gehen, aber das ist noch nicht gewiß. Europa aber mag versichert sein, daß ich mich nicht zu einem Verfahren verlocken lassen werde, welches die Entfremdung zwischen Rußland und Bulgarien erweitert und dadurch den Wirrwarr der Parteien in Bulgarien vermehrt." Der Prinz verschanzt sich hinter seinen Namen hinter seine Familienüberlieferungen und seine Ueberzeugungen, welche ihm die Achtung von Verträgen und den Grundsätzen staatlicher Ordnung einschärfen. Und dabei giebt er dem Fürsten Alexander mehrere Verweise: erstens, weil er ihm von Darmstadt kein Glückwunschtelegramm gesandt, und zweitens, weil der Fürst sich nicht bestimmt ausdrücke; bald ersuche er die Bulgaren, ihr Schicksal nicht mit dem seinigen zu verknüpfen, bald spreche er die Hoffnung aus, eines Tages wieder nach Bulgarien zurückkehren zu können. „Hätte der Fürst wirklich ein Herz für das Schicksal Bulgariens, so sollte er seine Absichten in bestimmter Sprache ausdrücken und dadurch seinem Nachfolger in einer Aufgabe, die er nicht ausführen kann oder will, beistehen." Diese Vorwürfe beruhen zum Theil auf den Mittheilungen des Besuchers, der im Auftrage der „Times" der Wahl in Tirnowa beigewohnt hat. Sie sind daher auch jetzt noch zur Aufklärung der Lage beachtenswerth, weil sie das vorüber gehende Auftauchen der Kandidatur des Prinzen Bernhard von Sachsen-Weimar aufklären. Letztere sollte der Interimsherrscher von Bulgarien werden, gewissermaßen dem Fürsten Alexander den Platz warm halten. Als die Bulgaren anfänglich bei Alexander ob seiner Einwilligung in die eigene Wahl anfragten, schrieb er: „Nicht jetzt", schützte seine Körperschwäche vor und schlug Aleko Pascha oder Goltz Pascha als Regenten vor. Stambulow aber drang auf einen endgültigen Entscheid, worauf denn der Fürst geantwortet haben soll: „Ich kann nicht zurückkehren, so lange die zwei mächtigsten Männer Europas (der Zar und Fürst Bismarck) mir entgegen sind, und daher bitte ich Sie, das Schicksal Bulgariens nicht länger mit dem meinigen zu verknüpfen." Stambulow gab sich damit zufrieden; Radoslawow und Nikolajew aber wollten theils aus Anhänglichkeit, theils aus Ehrgeiz — Nikolajew gedachte, alleiniger Regent während des Fürsten Abwesenheit zu werden — nichts davon wissen; und da sie die Unmöglichkeit, den Fürsten zur Annahme zu bewegen, einsahen, verfielen sie auf den Gedanken, dem Fürsten nur die Ernennung eines fürstlichen Interimskandidaten anzugeben; daraus entstand die ins Wasser gefallene Kandidatur des Prinzen Bernhard von Sachsen-Weimar, der den Antrag nicht einmal der Antwort werth erachtete. Prinz Ferdinand scheint in obigem Gespräche wiederum eine Menge von Kenntnissen und von junger Staatsweisheit dargelegt zu haben, die der Besucher, offenbar aus Dank für die bewilligten Interview, gebührend herausstreicht. Derselbe Berichterstatter hatte wenige Tage zuvor mit dem Könige von Serbien gesprochen. Er fand ihn in heller Verzweiflung, jammernd über sein häusliches Elend, über das Martyrerthum slawischer Herrscher, über das Wirrsal auf der Balkanhalbinsel und über seine eigene Regierungsnoth. Wenn in seinem eignen Palaste — so bemerkte derselbe betreffs der Königin Natalie — feindliche Einflüsse ihn in eine seinem Lande feindliche Richtung drängten, so könne er nur verzweifeln. Alle zu befriedigen, sei unmöglich. Ohne das Wohlwollen Rußlands und Oesterreichs kämen die slawischen Staaten nicht vorwärts; „stützen wir uns auf die eine Großmacht, so beleidigen wir die andere". Auf diese Weise wurden Milosch, Karageorgewitsch in Serbien, Otto in Griechenland, Kusa in Rumänien und Alexander in Bulgarien abgesetzt, Danilo in Montenegro und Michael in Serbien ermordet. „Ich selbst sitze 19 Jahre auf dem Throne; aber welche Gefahren mir drohen, weiß der Himmel." Trotz dieser Ergebung sprach der König mit großer Hoffnungsseligkeit von einer balkanischen Verbündung in engem Anschlüsse an die Türkei; er selbst hätte die bulgarische Krone als Träger einer Personal-Union zwischen Serbien und Bulgarien angenommen und wäre nach Tirnowa gegangen, wenn man ihn erwählt hätte; denn einem Rufe seiner slawischen Brüder hätte er nicht widerstanden. Von dem Kabinet Ristitsch sprach der König sehr wohlwollend. Garaschanin habe sich finanziell unmöglich gemacht; auch sei er zu verschwenderisch in den Augen der Ristitsch'schen Presse gewesen; indessen bedeute das Kabinet Ristitsch keine Hinneigung gegen Rußland; Serbien wünsche, eben von beiden Einflüssen frei zu werden. In ähnlichem Sinne drückte sich Ristitsch selbst aus, den der Berichterstatter nachher besuchte; Ristitsch will Oesterreich vor sieben Jahren nur wegen des unter Baron Haymerle abgeschlossenen Handelsvertrages bekämpft haben, während er jetzt keineswegs gegen Oesterreich vorgehen werde. Wenn Ristitsch aber bei den nächsten Wahlen eine feste liberal-radikale Mehrheit zu erlangen glaubt, so streitet dies wieder der bulgarische Agent in Belgrad, Dr. Stransky, ab. Ristitsch werde erstens eine russenfreundliche Politik betreiben, was er auch immer sagen möge, und zweitens werde er bei den Wahlen unterliegen, so daß der König genöthigt sein werde, den verbannten radikalen Meuterer Paskitsch zurückzurufen.

London, 20. Juli. Im Carlton-Klub fand gestern eine Versammlung von konservativen Mitgliedern beider Häuser des Parlaments statt. Salisbury hielt eine Ansprache, worin er erklärte, die Haltung der liberalen Unionisten mit Bezug auf gewisse Bestimmungen der irischen Landgesetzvorlage hätte die Regierung bewogen, wesentliche Veränderungen der Maßregel zu bewilligen. Die Regierung sei nicht nur vorbereitet, Zugeständnisse in vielen, von ihr nicht als wesentlich betrachteten Punkten zu machen, sondern auch in der wichtigen Frage betreffend die Revision gerichtlich festgestellter Pachtzinse. Die Torypartei befände sich gegenwärtig nicht in der Lage, Bedingungen zu diktiren; einer etwaigen Niederlage der Regierung müßte die Auflösung folgen; da Gladstone die Bildung einer neuen Regierung nicht ohne Zustimmung der Königin zur Auflösung des Parlaments übernehmen würde. Unter diesen Umständen bleibe der Regierung nichts übrig, als die Anschauungen der liberalen Unionisten in Rechnung zu ziehen. Die Vorlage würde deshalb ergänzt werden durch einen Artikel, welcher die Landkommissäre ermächtigt, Anträgen auf Revision der zwischen 1881 und 1886 gerichtlich festgestellten Pachtzinse stattzugeben und dieselben nach Befinden zu ermäßigen. Diese Bestimmung solle nur eine zweijährige Dauer haben, da inzwischen der Landankaufsplan in Wirksamkeit sein werde. Die Vorschläge Salisbury's fanden ziemlich allgemeine Billigung und wurden auch von den liberalen Unionisten gutgeheißen, welche beschlossen, der Landvorlage keine weitere Opposition zu bereiten.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 21. Juli. Die in einem Miethsvertrage enthaltene Bestimmung, daß für den Fall einer an sich zulässigen Kündigung vor Ablauf der Miethszeit eine bestimmte Entschädigung von dem Rücktretenden zu zahlen sei, ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 5. Zivilsenats, vom 13. April d. J., im Geltungsbereich des Preuß. Allg. Landrechts auf den Fall des Ablebens des Miethers und der Aufhebung des Miethsvertrages durch Kündigung der Erben resp. des Nachlaßverwalters nicht anwendbar. In diesem Falle hat der Vermiether keinen Anspruch auf die stipulirte Entschädigung.

— Eine Ehefrau besaß eine Hypothek, kündigte dieselbe ohne Wissen ihres Ehemannes, nahm das Geld in Empfang und quittirte darüber, ohne daß der Mann davon irgend welche Ahnung hatte. Als er endlich von dieser Manipulation seiner Ehefrau Kenntniß erhielt, verweigerte er deren Anerkennung und stellte namens seiner Frau eine Klage auf nochmalige Zahlung der Hypothek gegen den Hypothekenschuldner an, weil die erste Zahlung ohne seine Quittung geleistet, also ungültig sei. Die Klage wurde abgewiesen und das Urtheil in nachstehender Weise begründet: Diejenige Pflegschaft, welche den Ehemännern in Ansehung ihrer Ehefrauen unter dem Namen der ehelichen Vormundschaft beigelegt sei, bestehe zu Recht, und gelte als Regel, daß eine Ehefrau kein Rechtsgeschäft, welches für sie Verpflichtungen begründen, oder sonst rechtsverbindliche Folgen haben würde, ohne Zustimmung des Ehemanns in gültiger Weise vollziehen könne. Dadurch, daß die Ehefrau ohne ehemännlichen Beitritt sich nicht vertragemäßig verpflichten könne, sei die Möglichkeit der Entstehung einer unmittelbaren Verbindlichkeit aber nicht ausgeschlossen. Der Grundsatz der Billigkeit, daß niemand sich mit dem Schaden eines andern wider dessen Willen bereichern dürfe, stehe auch der Ehefrau entgegen, welche eine ohne ehemännliche Genehmigung von dem Schuldner erhobene Zahlung für sich behalte und den Schuldner auf nochmalige Zahlung belange. In solchem Falle würde sich die Ehefrau mit dem Schaden des Schuldners widerrechtlich bereichern, und zum Schutze hiergegen stehe dem Schuldner der Einwand des Betruges zu.

— Die den katholischen barmherzigen Schwestern von Seiten der königlichen Regierung zum Besten des St. Carolus-Stiftes (früher Stadtpark) bewilligte Lotterie beginnt nunmehr auch in Fluß zu kommen, da die Ziehung bereits am 4. Oktober d. Js. bestimmt stattfindet. Von Seiten der hiesigen Einwohner wie auch von auswärts herrscht unter allen Konfessionen reges Interesse an der Beibehaltung der barmherzigen Schwestern hierselbst, und bethätigt sich dieses Interesse durch zahlreiche Loosbestellungen. Das St. Carolus-Stift hat die Bestimmung, einestheils den durch den permanenten Aufenthalt in den Krankenstuben und besonders durch Nachtwachen schnell sich aufreibenden barmherzigen Schwestern durch die frische gesunde Gartenluft wieder neue Lebenskräfte zuzuführen, anderentheils aber eine Pflege- und Erholungsstätte für die im Stifte selbst behandelten Patienten zu bilden.

Die hingebende Liebe, Geduld selbst bei den größten Launen der Patienten und die gewissenhafte Thätigkeit, genau entsprechend den Vorschriften der behandelnden Aerzte, hat den katholischen barmherzigen Schwestern allerwärts von den höchsten Stellen, Parlamenten und Behörden nur ehrende Anerkennung verschafft, zumal bei der Pflege keine Konfession, keine Lebensstellung und keine Krankheit, mag selbige noch so gefahrvoll und ansteckend sein, eine Zurückweisung erfährt.

Zu sterben im Dienste der Kranken und Nothleidenden ist der höchste Ruhm einer katholischen barmherzigen Schwester. Die in den drei letzten Kriegen von denselben gepflegten verwundeten Soldaten legen unwiderlegbare Zeugnisse ihrer Hingebung ab und zahlreiche Leichensteine auf den beiden Schlachtfeldern sind unangreifbare Beweise, daß unter ihnen im Dienste der leidenden Menschheit in der Blüthe der Jugend hinweggeraffte Mädchenleichen ruhen.

Unter den katholischen barmherzigen Schwestern finden sich unerkannt Personen königlicher Abkunft; der höchste Adel bis zum einfachsten Arbeiter läßt seine Kinder zum Wohle der Kranken und Verlassenen das Ordenskleid einer barmherzigen Schwester anziehen; vom Tage des Eintritts in den Orden bis zum Lebensende ist Entsagung das Loos; Belohnung für geleistete Liebesdienste darf keine pflegende Schwester persönlich für sich annehmen. Das einzige, was erlaubt, ist, daß Geld und Geschenke an die betreffende Oberin, hier in Stettin Schwester Bernarda, zu Gunsten des Stifts abgegeben werden dürfen.

Die jetzige Verloosung bietet Gelegenheit, durch Entnahme von Loosen die Liebesakte der katholischen barmherzigen Schwestern anzuerkennen und zugleich mitzuwirken, daß das St. Carolus-Stift zum Wohle der leidenden Menschheit erhalten bleibt.

Wie wir hören, werden die Verloosungsgegenstände während des Monats September d. J., von Nachmittags 2 bis 6 Uhr, im St. Carolus-Stifte ausgestellt bleiben und ist den Loose Nehmenden resp. Besitzenden hierbei Gelegenheit gegeben, den für Ertrag kunstvoll bepflanzten Garten, sowie die neu eingerichtete Kapelle zu besichtigen, wobei für die Weilenden Ruhesitze im Garten zur Benutzung aufgestellt werden.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Bellevuetheater: „Die schöne Galathea." Operette in 1 Akt. „Die Insel Tulipatan." Komische Operette in 1 Akt. „Zwölf Mädchen und kein Mann." Operette in 1 Akt. — Elysiumtheater: „Wildfeuer." Lustspiel in 5 Akten.

Vermischte Nachrichten.

— (Zwischen Studenten.) A.: „Man sieht Dich ja nie auf der Universität. Ich glaube gar, Du warst noch gar nicht dort." — B.: „O, ich habe sie schon einmal besucht — jetzt warte ich auf den Gegenbesuch!"

— (Gerechter Aerger.) „Aber, Herr Müller, warm haben Sie denn solche Wuth auf den Herrn Fischer?" — Ja, habe ich nicht allen Grund dazu? Der Kerl war vor acht Jahren mit meiner Frau verlobt und machte die Sache rückgängig!"

— (Unglaublich.) Hausfrau (zum neuen Dienstmädchen): „Ihre Vorgängerin war fünf Jahre bei mir, ohne einen Bräutigam gehabt zu haben." — Das Mädchen: „Ach, gnädige Frau, mir werden Sie doch keine Romane erzählen wollen?"

— (Gekränktes Ehrgefühl.) Herr (im Gedränge): „Halt, Sie haben mir mein Portemonnaie gestohlen." — Taschendieb (mit Würde): „Ich? Bitte um Verzeihung, ich beschäftige mich nur mit Taschenuhren."

— (Unsere Kinder.) Karl (7 Jahre alt): „Fräulein Anna, ich liebe Sie." — Anna (5 Jahre): „Aber, Karl! Mein dreijähriger Bruder hört uns ja!" — Karl: „Der weiß ja noch nichts von Liebe." — Anna: „Glauben Sie? Ich sage Ihnen aber, es giebt keine Kinder mehr!"

— (Politisches.) „Wissen Sie schon, der Bundesrath hat den Antrag betreffend Aufhebung des Pferdeausfuhrverbotes zugestimmt." — „Wer wird aber so ein Pferd sein, gegenwärtig ins Ausland zu reisen?"

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, 20. Juli. Heute Nacht verschied hier im Alter von 75 Jahren der Schiffsmakler August Bolten.

Lübeck, 20. Juli. Das heute von dem Senat eingebrachte Vereinsgesetz ist fast gleichlautend mit dem Bremer Vereinsgesetz. Die Annahme des Gesetzes ist sicher.

München, 20. Juli. Lieutenant Firnhaber vom 1. Ulanen-Regiment in Bamberg stürzte heute Nacht 12 Uhr aus dem Fenster des Pfälzer Hofes in Speyer und verstarb zwei Stunden darauf an den Folgen des Sturzes.

Wien, 20. Juli. Vier Mitglieder der bulgarischen Deputation sind heute Vormittag nach Kasanlik abgereist.

Wien, 20. Juli. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht den zwischen Oesterreich und Dänemark abgeschlossenen Handels- und Schifffahrtsvertrag.

Prag, 20. Juli. Die von der hiesigen Börsenkammer eingeleitete Expertise wegen Abänderung der Zuckerusancen hat zu keinem Resultate geführt. Die anwesenden fünf Vertreter von Rohzuckerfabriken erklärten entschieden, daß sie durchaus nicht für die angestrebten Usancenänderungen stimmen könnten. Es wurde deshalb der Beschluß gefaßt, die weitere Berathung dieses Gegenstandes einem ständigen Komitee zu überlassen, welches seinen Bericht der Börsenkammer vorzulegen hat.

Paris, 20. Juli. Auf Intervention des Polizeipräfekten selbst wurde gestern Baron Seilliere, der auf Betreiben seiner Verwandten als angeblich wahnsinnig in einem Irrenhause internirt worden war, in Freiheit gesetzt. Die Thatsache erregt hier umsomehr Aufsehen, als Seilliere bitter über die ihm angethane Vergewaltigung klagt und ganz entschieden verneint, krank zu sein.

Noveant, 20. Juli. Das Attentat auf den Polizeikommissar Ritter in Pagny kann nach zuverlässigen Erhebungen als die That eines Geistesgestörten betrachtet werden. Jedes politische Motiv ist ausgeschlossen. In Nancy erwarteten diese Nacht 2 Uhr 3000—4000 Personen den Zug, mit welchem Zangerle ankam, um diesen zu lynchen.

London, 20. Juli. Das Unterhaus hat die Vorlage betreffend die Förderung der Errichtung technischer Schulen in erster Lesung angenommen. Bei der Einbringung der Vorlage wurde von Hast Dyke auf die Wichtigkeit der Herstellung eines besseren technischen Unterrichts hingewiesen, welcher anderen Nationen ermöglicht habe, England in mehreren Zweigen der Industrie zu überflügeln.

Petersburg, 20. Juli. Besonders sympathisch wird die französische Probe-Mobilisirung hier nicht aufgenommen. Die „Nowoje Wremja" bemerkt, die Mobilisirung bedrücke einen Theil des französischen Volkes, und müsse bei nicht glänzendem Ausfall Deutschlands Prestige nur noch heben. Das Blatt wünscht also einen glänzenden Verlauf.

Katkows Befinden hat sich abermals verschlechtert; die Abnahme der Kräfte dauert fort.

Wasserstands-Bericht.

Oder bei Breslau, 19. Juli, 12 Uhr Mittags Oberpegel 4,70 Meter, Unterpegel — 0,50 Meter. — Warthe bei Posen, 19. Juli Mittags 0,72 Meter.